Stand: 16.12.2025 10:50:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12355

"Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12355 vom 07.07.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 07.07.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13120 des WK vom 29.09.2016
4. Beschluss des Plenums 17/13633 vom 18.10.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 18.10.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2016 **Drucksache** 17/**12355**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– mögliche Verstrickungen öffentlicher Institutionen wie der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und bayerischer Staatsministerien bei der unrechtmäßigen Weitergabe bzw. dem Einbehalt von sogenannter Raubkunst aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass betroffene Kunstwerke den rechtmäßigen Besitzern übergeben werden können,

– alle Dokumente und Archivmaterialien, die zur Aufklärung beitragen können, öffentlich zugänglich zu machen,

– eine unabhängige Kommission zur Aufklärung dieser Tatbestände zu bestellen und ein Konzept zur Aufstockung der Personalstellen im Bereich der Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Landesstelle für die nicht-staatlichen Museen in Bayern vorzulegen, das zum Ziel hat, die Einrichtungen in die Lage zu versetzen, unverzüglich die Restitution von Kunstwerken ungeklärter Herkunft durchzuführen.

Begründung:

Nach aktuellen Presseberichten sollen die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen nach 1945 bis in die 1990er Jahre NS-Raubkunst, die jüdischen Sammlern während des Nationalsozialismus geraubt oder abgepresst wurden, zugunsten der öffentlichen Kassen verkauft haben. Nach Recherchen der Londoner NGO Commission for Looted Art in Europe soll eine Vielzahl von Kunstwerken in den Bestand der Museen eingegliedert worden sein, ohne, dass Nachforschungen zu den Vorbesitzern angestellt worden sind. Gemeinsam mit den zuständigen bayerischen Ministerien sollen zudem Werke an Familien ehemaliger NS-Größen verkauft worden sein.

Es gab auch schon bisher viele Anhaltspunkte, dass sich Werke der Raubkunst und der sogenannten Entarteten Kunst in öffentlichen Sammlungen befinden. Die jüngsten Recherchen bestätigen dies drastisch.

Dem Verdacht, dass staatliche Einrichtungen gemeinsam mit bayerischen Ministerien den Verkauf von Raubkunst organisiert haben sowie an der Verschleierung von Besitzverhältnissen von Kunstwerken beteiligt gewesen sein könnten, muss unverzüglich nachgegangen werden. Voraussetzung für eine Aufklärung ist, dass alle notwendigen Dokumente und Archive öffentlich gemacht werden. Die meisten Akten lagern bisher noch in den Museen unter Verschluss.

Nur eine unabhängige Kommission ist in der Lage, diese Vorgänge objektiv zu klären.

Bereits der Fall des Schwabinger Kunstfunds hatte gezeigt, dass bei der Klärung der Herkunft von Kunstobjekten erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Provenienzforschung setzt sich mit der Herkunft von Kunstwerken auseinander. Sie prüft, ob aus heutiger Sicht unrechtmäßige Besitzwechsel stattgefunden haben. Die schwierige Erforschung der Herkunft von Kunstwerken wurde in den letzten 60 Jahren sträflich vernachlässigt. Es bedarf dringend einer Aufstockung des wissenschaftlichen Personals in diesem Bereich. Die zusätzlichen Experten und Expertinnen müssen aus den Fachbereichen der Kunstgeschichte, der Geschichte und des Archivwesens besetzt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Behinderung in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit verstößt aus heutiger Sicht – da sind wir uns alle einig – klar gegen das freiheitliche Menschenbild des Grundgesetzes. Es ist ein großer, aber leider zu spät erzielter Fortschritt, dass dieser Abschnitt der deutschen Strafrechtsgeschichte überwunden und die einschlägigen Strafvorschriften aufgehoben wurden. Die sozialethische Rehabilitierung der Betroffenen ist unbestreitbar ein wichtiges und berechtigtes gesellschaftliches Anliegen. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die seit Langem geführte politische Debatte durch das Gutachten von Herrn Professor Burgi wieder Fahrt aufgenommen hat. Mit Blick auf das fortgeschrittene Alter vieler Betroffener – das ist schon angeklungen – darf das Thema nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Meine Damen und Herren, klar ist aber auch, dass die rechtliche Rehabilitierung der Betroffenen mit komplexen verfassungsrechtlichen Fragen verknüpft ist. Ich kann hier sowohl an die Ausführungen des Kollegen Rieger wie auch des Kollegen Streibl anschließen. Wer darüber leichtfertig hinwegsieht, erweist sowohl unserem Rechtsstaat als auch den Betroffenen einen Bärendienst. Hier geht es zum einen um die Gewährleistung der Rechtssicherheit als Kernelement des Rechtsstaatsprinzips. Zum anderen muss gründlich geprüft werden, inwieweit eine rechtliche Rehabilitierung durch pauschale Aufhebung der formell fortbestehenden Strafurteile durch den Gesetzgeber mit dem Gewaltenteilungsgrundsatz vereinbar ist. Nach Artikel 92 des Grundgesetzes ist die Rechtsprechung allein den Gerichten zugewiesen. Eine Aufhebung von Strafurteilen durch den Gesetzgeber bedarf einer besonderen Rechtfertigung und kann nur in Ausnahmefällen zulässig sein. Bislang hat das Bundesverfassungsgericht derartige Generalkassationen nur im Hinblick auf Urteile gebilligt, die während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft oder im Unrechtsstaat der SED, also in der DDR, ergangen sind. Auch wenn die in Rede stehenden Urteile unserem heutigen Rechtsstaatsverständnis klar widersprechen, kann man sie als Urteile innerhalb des Rechtsstaats der Bundesrepublik Deutschland nicht mit Urteilen aus Unrechtsregimen gleichsetzen. Schließlich haben die Gerichte damals – das ist schon angeklungen – Recht angewandt, das der demokratisch gewählte Deutsche Bundestag bis 1969 bzw. bis 1994 bewusst in Geltung belassen hat und dessen Gültigkeit das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1957 bzw. im Jahr 1973 bekräftigt hatte. Mit einer Aufhebung der Urteile würde folglich verfassungsrechtliches Neuland betreten. Dies will wohlüberlegt sein. Gründlichkeit muss hier vor Schnelligkeit gehen.

Anknüpfend an das Gutachten von Professor Burgi hat Bundesjustizminister Maas ein Eckpunktepapier zur rechtlichen Rehabilitierung der Betroffenen vorgelegt, welches Grundlage für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs sein soll. Ich stehe diesem Vorhaben angesichts der Zielrichtung durchaus aufgeschlossen gegenüber. Nach Vorlage des angekündigten Gesetzentwurfs wird aber sorgfältig zu prüfen sein, ob er dem Ziel der rechtlichen Rehabilitierung in verfassungskonformer Weise Rechnung trägt. Bis dahin müssen wir abwarten, was vorgelegt wird. Wie so oft heiligt auch hier der Zweck nicht die Mittel. So berechtigt das Anliegen auch ist, der Gewaltenteilungsgrundsatz als Grundpfeiler unserer demokratischen Rechtsordnung muss hinreichend berücksichtigt werden. Nur eine Lösung, die sorgfältiger verfassungsrechtlicher Prüfung standhält – das kann man erst beurteilen, wenn eine solche Lösung auf den Tisch gelegt wird –, kann und wird von der Staatsregierung mitgetragen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12336 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12338 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12354 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12337, 17/12239 bis 17/12343 sowie 17/12355 und 17/12356 werden in

die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wären wir heute am Schluss der Sitzung. Ich wünsche uns allen einen spannenden Fußballabend und nicht so viel Aufregung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.15 Uhr)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.09.2016 **Drucksache** 17/**13120**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**12355**

Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der zweite Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

   „darzustellen, inwieweit relevante Archivmaterialien öffentlich zugänglich sind,“

2. Der dritte Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

   „die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Aufklärung dieser Tatbestände mit in die Überlegungen aufzunehmen und“

3. Es wird folgender vierter Spiegelstrich angefügt:

   – „ein Konzept zur Aufstockung der Personalstellen im Bereich der Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Landesstelle für die nicht-staatlichen Museen in Bayern zu prüfen.“

Berichterstatterin: **Isabell Zacharias**
Mitberichterstatterin: **Michaela Kaniber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 13. Juli 2016 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 125. Sitzung am 29. September 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Oliver Jörg
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.10.2016 **Drucksache** 17/**13633**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**12355**, 17/**13120**

Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– mögliche Verstrickungen öffentlicher Institutionen wie der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und bayerischer Staatsministerien bei der unrechtmäßigen Weitergabe bzw. dem Einbehalt von sogenannter Raubkunst aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass betroffene Kunstwerke den rechtmäßigen Besitzern übergeben werden können,

– darzustellen, inwieweit relevante Archivmaterialien öffentlich zugänglich sind,

– die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Aufklärung dieser Tatbestände mit in die Überlegungen aufzunehmen und

– ein Konzept zur Aufstockung der Personalstellen im Bereich der Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern zu prüfen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listennummer 36 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen", Drucksache 17/12341. Dieser Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen beraten.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Der Tagesordnungspunkt 4 "Schlussbericht des Untersuchungsausschusses ‚Labor' gemäß Drucksache 17/12960" wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, Tagesordnungspunkt 5 vorzuziehen. In der letzten Plenarsitzung konnte die Erste Lesung zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes nicht mehr beraten werden. –

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union:
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Europa investiert wieder – Eine Bestandsaufnahme der Investitionsoffensive für Europa
BR-Drs. 299/16
Drs. 17/12328, 17/13334 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Inklusion in der frühkindlichen Bildung – Kindertagesstätten zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln
Drs. 17/6726, 17/13091 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Universitäten und Hochschulen bei der Integration von Flüchtlingen unterstützen!
Drs. 17/10154, 17/13115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Informationstafeln an NS-Gebäuden
Drs. 17/10439, 17/12978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Taşdelen u.a. SPD
Familien in Bayern bestmöglich unterstützen – Förderung von Familienstützpunkten verlängern!
Drs. 17/11083, 17/13095 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz bei TTIP
Drs. 17/11495, 17/13109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorsorgeprinzip durch TTIP nicht schwächen
Drs. 17/11496, 17/13107 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung über die Anforderungen an ein Bayerisches Integrationsgesetz
Drs. 17/11767, 17/13274 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

9. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Doris Rauscher, Annette Karl u.a. SPD
Mietpreisbremse transparent gestalten
Drs. 17/11770, 17/13149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

10. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Taşdelen u.a. SPD
Ergebnisse der Erhebung zu kommunalen Mehrkosten im Bereich Asyl ernst nehmen!
Drs. 17/11822, 17/13093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Lärm- und Erschütterungsschutz bei Bahnstreckenmodernisierungen
Drs. 17/11826, 17/13162 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Integration durch Bildung – Klassen für Berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge (BAF) optimal aufstellen
Drs. 17/11827, 17/13335 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Liefervereinbarungen Bayerische Staatsforsten mit Ilim Timber Bavaria GmbH ab 2017
Drs. 17/11833, 17/12759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbildung für Referendare verbessern – Unterrichtsversorgung durch Planstellen sicherstellen
Drs. 17/11881, 17/13138 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klärung der Zuständigkeit für und Kostenübernahme von illegalen Tiertransporten
Drs. 17/12025, 17/12997 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zustand der Kiefernwälder
Drs. 17/12027, 17/13177 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Margarete Bause, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sensible Gebirgsregionen schützen – langfristige Naturzerstörung verhindern
Drs. 17/12029, 17/13124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Maisanbau: Landwirtschaft und Hochwasserschutz gehören zusammen
Drs. 17/12031, 17/13178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bayerische Umsetzung des Maßnahmenplans nach § 58d Arzneimittelgesetz (AMG)
Drs. 17/12056, 17/13179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Forschung im Bereich der nachhaltigen Grünlandwirtschaft intensivieren – Teilnahme am Verbundvorhaben im Rahmen des Programms zur Innovationsförderung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
Drs. 17/12057, 17/13187 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Umsetzung des „Managementplan Luchse in Bayern“
Drs. 17/12058, 17/13125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote fördern
Drs. 17/12136, 17/13151 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Elementarversicherung als Tatbestand für eine gesetzliche Versicherungspflicht prüfen
Drs. 17/12137, 17/13147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung
Drs. 17/12139, 17/13152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Vor- und Nachteilen einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden
Drs. 17/12148, 17/13148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Bayerischen Staatsballett
Drs. 17/12164, 17/12979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schwimmen in der Grundschule IGrundschülerinnen und Grundschüler zu „sicheren Schwimmern“ ausbilden
Drs. 17/12165, 17/13137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schwimmen in der Grundschule IIÜbergänge verbessern – „Sichere Schwimmer“ beim Übertritt vermerken
Drs. 17/12166, 17/13186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!
Drs. 17/12171, 17/13153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zu möglichen Hepatitis E Übertragungen durch den Konsum von nicht erhitztem Schweinefleisch
Drs. 17/12173, 17/13126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NS-Raubkunst: Versäumnisse aufklären – Opfer unterstützen – Provenienzforschung stärken
Drs. 17/12176, 17/13117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuorganisation der Lebensmittelüberwachung in Bayern: Landtagsbeschluss umsetzen, Anhörung abwarten
Drs. 17/12179, 17/13127 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NS-Erinnerungsorte strukturell und finanziell stärken
Drs. 17/12181, 17/13118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychosoziale Notfallversorgung in Bayern – Fit für die Zukunft?
Drs. 17/12182, 17/13159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Größtmögliche Transparenz in Bezug auf Herkunft von Kunstwerken schaffen
Drs. 17/12339, 17/13119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen
Drs. 17/12341, 17/13094 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Personal im Verbraucherschutz und in der Lebensmittelkontrolle stärken und nicht abbauen!
Drs. 17/12346, 17/13128 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Berufsschulen stärken – Mehr staatliche Lehrkräfte für Sprachförderung anstelle von Kooperationspartnern
Drs. 17/12347, 17/13136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären
Drs. 17/12355, 17/13120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Eigene Ausbildungswege für die Kriminalpolizei
Drs. 17/12420, 17/13160 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z